Neuer Abstimmungserfolg Poincarés.

Poincaré weicht Erörterungen der Kammer über den Sturz der französischen Währung aus.

Ermächtigung der Pariser Regierung zur Durchführung von Sparmaßnahmen.

Die Debatte über den Frankensturz vertagt.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 17. Jan. Wie aus Paris gemeldet wird, hat **Poincaré in der heutigen Sitzung der Kammer wieder einen Sieg errungen. Die Kammer beschloß, der Forderung Poincarés entsprechend, mit 494 gegen 190 Stimmen die Erörterung der Interpellation über den Frankensturz bis zur Nachprüfung der von der Regierung beantragten Maßnahmen zu vertagen.**

Im Verlaufe der Sitzung ergriff Poincaré zur Begründung der eingebrachten Steuergesetze das Wort, um zu erklären, daß die Regierung sich für die Annahme und die sofortige Diskussion der Gesetzentwürfe solidarisch einsetze. Man sage, das Land sei beunruhigt. Das Land habe schwere Augenblicke durchgemacht und wenn es während des Krieges über so viele Schwierigkeiten gesiegt habe, verdanke es das nicht nur seinen Führern und Soldaten, sondern auch der Klugheit der Nation. **Seit gestern, der Ankündigung der Regierungsmaßnahmen, habe sich der Franken gebessert und**

man werde über die verwegene Offensive, die man die Torheit gehabt habe, gegen die französische Devise zu unternehmen, siegen.

Wegen des Versagens Deutschlands und nur deshalb habe man ungeheure Ausgaben an Pensionen und für die befreiten Gebiete machen und zu Anleihen seine Zuflucht nehmen müssen. Deutschland habe ein Moratorium für mehrere Jahre verlangt. Deshalb seien die Lasten Frankreichs gestiegen. Seinen Alliierten habe Frankreich über die Lage seiner Finanzen Aufklärung gegeben, damit sie auf die Verleumdungen antworten könnten, die gegen den Kredit Frankreichs gerichtet würden. Das Budget müsste ausgeglichen werden. Dann würden die Spekulanten ein schlechtes Geschäft machen.

Die Hilfsquellen Frankreichs seien ungeheuere und da es nicht daran denke, sie durch politische Abenteuer zu kompromittieren, da es aufrichtig pazifistisch und sehr arbeitsam sei, müsse sich seine Lage verbessern.

Poincaré wies auf die günstige Handelsbilanz hin und auf die Tatsache, daß man den Banknotenumlauf um 1 800 000 000 verringert habe. Auch die Budgetausgaben seien herabgesetzt worden, während die Einnahmen sich immer gesteigert hätten. Es bestehe also Grund zu der Behauptung, daß

die Lage Frankreichs immer blühender

werde trotz gewisser Anzeichen. Der Ministerpräsident besprach sodann die von der Regierung ins Auge gefaßten Maßnahmen und unterstrich vor allem, daß jede weitere Ausgabe unterdrückt werden müsse. Die Kammer müsse, wenn sie spätestens im Mai vor die Wähler trete, dies mit einem stabilisierten Franken und mit der niedergekämpften Lebensmittelteuerung tun können. **Die Regierung werde auch Maßnahmen gegen die Steuerhinterziehungen treffen. Denn, wer dem Vaterlande keine Steuern zahle, begehe ein Verbrechen.**

Nach der Rede Poincarés erklärte der Abg. Brousse, man werde der Regierung folgen. Die Gesetzentwürfe der Regierung wurden dem Finanzausschuß zur sofortigen Durchberatung überwiesen. Darauf gab der Präsident Kenntnis von den eingegangenen Interpellationen. Ein Abgeordneter interpellierte über die Zurückziehung des Pensionsgesetzes durch die Regierung. Hierüber entspann sich eine längere Debatte, in deren Verlauf Poincaré erklärte, die Regierung könne neue Belastungen zulassen, wenn ihr die erforderlichen Einnahmen bewilligt würden. Schließlich wurde mit der eingangs erwähnten Mehrheit beschlossen, am Schlusse der Sitzung über den Zeitpunkt der Beratung der vorliegenden Interpellationen zu beschließen. Die Kammer ging alsdann zur Beratung unwesentlicher Gesetzentwürfe über.

Der Ministerrat hat einem amtlichen Communiqué zufolge die Maßnahmen zur Bekämpfung des Frankensturzes erlassen, die in der gestrigen Ministerkonferenz bei Poincaré in Aussicht genommen wurden. Die Maßnahmen werden im Communiqué in folgender Form aufgeführt:

1. Unterdrückung der Steuerhinterziehung durch strengere Kontrolle der Wertpapiere und Verschärfung der Strafen.

2. Unterdrückung der Frankenspekulation und der Spekulation in Staatspapieren.

3. Erhebung eines Aufschlages von 20 Prozent auf sämtliche Steuern.

4. Ermächtigung der Regierung zur Durchführung von Reorganisationsmaßnahmen in der Verwaltung auf dem Verordnungswege zwecks Erzielung eines Budgetersparnisses in Höhe von einer Milliarde Franken.

Der Ministerrat beschloß ferner, daß die Regierung unter Stellung der Vertrauensfrage die Annahme dieser Maßnahmen beantragt und ihre sofortige Erörterung durch die Kontrollausschüsse verlangen solle, damit die Diskussion durch das Plenum in der Sitzung vom nächsten Dienstag stattfinden könne. Schließlich faßte der Ministerrat den Beschluß, einen Gesetzentwurf einzubringen, der die Regierung ermächtigt, durch eine Verordnung die Einfuhrfreiheit aufzuheben, soweit sie nicht nationalen Notwendigkeiten entspricht.

Generalkonsul Clive in Speyer.

Französisches Militär verjagt die huldigende Menschenmenge. Separatistische Hercheleien.

Speyer, 17. Jan. **In Erwartung des englischen Generalkonsuls hatte sich vor dem Rathaus in Speyer eine große Menschenmenge angesammelt, um dem Generalkonsul Huldigungen darzubringen. Sie wurde von der französischen Gendarmerie bis zur Hauptstraße zurückgetrieben. — Während der Anwesenheit des britischen Generalkonsuls hatten die separatistischen Wachtposten in Speyer ihre Waffen abgelegt. Am nächsten Tage erschienen sie jedoch wieder in voller Bewaffnung.** (W. T. B.)

Der Empfang Clives in Kaiserslautern.

Kaiserslautern, 17. Jan. Hier war die ganze Bevölkerung auf den Beinen, um den englischen Generalkonsul als den Retter aus der schweren Not, die durch den separatistischen Terror und die Haltung der Besatzungsbehörden über die ganze Pfalz gekommen war, zu begrüßen. **Die französische Gendarmerie schritt gegen die Massen ein und schlug auf sie los. Zwei Personen wurden dabei erheblich verletzt.** (W. T. B.)

Französische Niederknüppelung des freien Wortes zugunsten der Separatisten.

Speyer, 17. Jan. Von dem französischen Delegierten des Bezirks Bergzabern Oberst Faber ist allen Bürgermeistern des Bezirks ein Telegramm zugegangen, in dem es heißt: Im Interesse der öffentlichen Ordnung und Sicherheit verbiete ich strengstens jede Aussage oder Anspielung, die Sonntag von der Kanzel gegen die autonome Regierung gemacht werden könnte. Die katholischen und protestantischen Geistlichen sind hiervon zu benachrichtigen.

Die französischen Schnüffeleien in Köln.

Köln, 17. Jan. Wie die „Köln. Ztg." meldet, ließ die französische Kommission sich gestern vormittag beim Regierungspräsidenten anmelden. Sie erschien dort bald darauf in Begleitung des Vertreters der britischen Behörde, um sich Aufklärung über einige Vorgänge der letzten Zeit in Sonderbündlerfragen zu verschaffen. Insbesondere kamen die Vorgänge in Düren zur Sprache, bei denen angeblich gewisse Kölner Kreise beteiligt sein sollen. Die Verhandlung, welche schriftlich festgelegt wurde, und zu der außer dem Regierungspräsidenten noch einige Sachberater hinzugezogen wurden, fand erst im Laufe des Abends ihren Abschluß. Sie hatte den Charakter einer Orientierung für die französischen Vertreter.

Die Schmach der Militärkontrolle.

Eine deutschnationale Erklärung.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 17. Jan. Die Parteileitung der Deutschnationalen Volkspartei nimmt jetzt dazu Stellung, daß die Reichsregierung die Militärkontrolle der Interalliierten Kommission wieder zugelassen hat. Sie verweist darauf, daß noch am 15. Dezember der Reichsaußenminister Dr. Stresemann ausgeführt hatte, die Reichsregierung wehre sich in voller Ueberzeugung von ihrer Verantwortung gegen die Wiederaufnahme der Kontrolle. Wenn es bei den neuerlichen Besuchen noch nicht zu schweren Zwischenfällen gekommen sei, so dürfte das seine Ursache darin gehabt haben, daß der Notenwechsel über die Kontrollbesuche erst nachträglich bekannt geworden ist. **Das deutsche Volk, heißt es weiter, ist nicht gewillt, sich diese Schmach länger bieten zu lassen. Auch mit der Ehre der Reichswehr sind die Demütigungen solcher Kontrollen nicht vereinbar. Die Erwägung, daß man um der schwebenden wirtschaftlichen Untersuchungen willen die Kontrollen hatte schlucken müssen, wäre kein ausreichender Grund für neue Opfer an deutscher Ehre und Würde.**

Die deutschnationale Erklärung stellt dann fest, daß die Militärkontrolle der Ententekommission dem geltenden Vertragsrecht widerspricht, und bezeichnet es als unbegreiflich, daß die Reichsregierung diesen Rechtsstandpunkt nicht schon längst angenommen hat. Ebenso unbegreiflich erscheine, daß sie ihren in der Note vom 9. Januar zum ersten Male unternommenen Versuch, das deutsche Recht zu wahren, durch ihr Zugeständnis neuer Kontrollmaßnahmen praktisch entwertet habe.

Paris, 15. Jan. Nach dem „Petit Parisien" unterliegt die deutsche Note betreffend die Militärkontrolle zurzeit der Prüfung des Generals Nollet, der sie mit seinen Bemerkungen der Botschafterkonferenz übermitteln wird. (WTB.)

Unruhen in Düsseldorf.

Düsseldorf, 17. Jan. **Gestern abend wurden die Straßenbahnwagen mit Steinen beworfen, wodurch viele Scheiben zertrümmert wurden. Gegen 7 Uhr abends schleuderten auf dem Oberbilker-Marktplatz zwei Personen gegen Polizeibeamte eine Handgranate, die aber versagte. Die Täter flüchteten unerkannt. Unter dem dringenden Verdachte, einer der Täter zu sein, wurde ein Arbeiter festgenommen. Etwas später platzte in der Mindener Straße eine Handgranate. Bei einem Kraftfahrer wurde eine scharfgemachte Handgranate gefunden, die er zu werfen im Begriffe stand. Polizeibeamte entrissen sie ihm rechtzeitig. Der Täter wurde festgenommen. In der Bilker-Allee wurden fünf verdächtige Personen gestellt und nach Waffen durchsucht. Hierbei griff eine dieser Personen in die Rocktasche und schleuderte einem Beamten eine Handgranate gegen die Brust, die dieser abstoßen konnte. Die Handgranate explodierte, ohne jemanden zu verletzen. Die fliehenden Täter, auf die geschossen wurde, sind entkommen. Ein größeres Aufgebot von Polizei zerstreute die Menge.** (W. T. B.)

Sozialdemokratische Forderungen an die Reichsregierung.

(Drahtmeldung unsrer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 17. Jan. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat in ihrer heutigen Sitzung eine Resolution gefaßt, **die den Vorstand der Fraktion beauftragt, erneut mit der Reichsregierung zu verhandeln, damit der militärische Ausnahmezustand, „dessen Aufrechterhaltung sich sachlich in keiner Weise rechtfertigen lasse", alsbald aufgehoben werde. Die Fraktion fordert ferner die Reichsregierung auf, dem Reichstag ein Ausführungsgesetz zu Artikel 48 der Reichsverfassung so rechtzeitig vorzulegen, daß diese Vorlage noch vor Ablauf der Legislaturperiode erledigt werden könne. Die Fraktion beauftragte den Fraktionsvorstand, je nach dem Gang der Verhandlungen mit der Reichsregierung die Einberufung des Reichstags namens der Fraktion zu beantragen. Der Fraktionsvorstand wird weiter ersucht, nachdrücklichst darauf hinzuweisen, daß trotz der notwendigen Abbau- und Sparmaßnahmen die sozialen und kulturellen Aufgaben des Reiches in erster Linie erfüllt werden. Die Fraktion war der Meinung, daß durch die zweite Steuernotverordnung Arbeitseinkommen und Verbrauch über das erträgliche Maß hinaus angespannt, dagegen die besitzenden Klassen wiederum geschont worden seien. Durch die Zulassung der Aufwertung der Hypotheken und Obligationen zugunsten der Privaten drohe die Entschuldungssteuerung zu scheitern. Deshalb verlange die Fraktion, daß die Entscheidung über die dritte Steuernotverordnung dem Reichstage überlassen bleibe. Die bisher vorgelegte Form der dritten Steuernotverordnung stelle Maßnahmen von grundsätzlicher Bedeutung dar, deren Entscheidung die deutsche Finanzwirtschaft und Reparationspolitik auf Jahre hinaus festlege.**

Im einzelnen wird noch gefordert:

1. Aufwertung von Geldforderungen nicht zugunsten der privaten Gläubiger, sondern zugunsten der Allgemeinheit zwecks Sicherung der Stabilität der Währung vorzunehmen.

2. Einen Teil der aufkommenden Beträge zur Schaffung weitreichender Fürsorgemaßnahmen für die durch die Geldentwertung geschädigten Besitzer von Forderungen zu verwenden, soweit sie sich in bedrängter Lage befinden.

3. Die Erhöhung der Mieten soll nur schrittweise erfolgen dürfen. Für die Lohn- und Gehaltsempfänger soll ein gesetzlicher Schutz des Reallohnes gegen Senkung durch die Mietpreiserhöhung eingeführt werden. Bei der Neugestaltung des Finanzausgleiches zwischen Reich und Ländern soll die Reichsfinanzverwaltung erhalten bleiben. Eigene Einnahmequellen sollen Ländern und Gemeinden überlassen bleiben.

Die Reichsrichtzahl.

Weitere Abnahme um 1,8 Prozent.

Berlin, 16. Jan. Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes für Montag, den 14. Januar, auf das **1,1billionenfache** der Vorkriegszeit. Gegenüber der Vorwoche (1,18 Billionen) ist demnach eine **Abnahme von 1,8 Prozent** zu verzeichnen.

Die Großhandelsziffer.

Berlin, 16. Jan. Die auf den Stichtag des 15. Januar berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamtes beträgt 119,8 und zeigt somit gegenüber dem Stande vom 8. Januar (119,7) keine wesentliche Veränderung. Die Indexziffern der Hauptgruppen lauten: Lebensmittel 106,9 (am 8. Januar ebenfalls 106,9), davon die Gruppe Getreide und Kartoffeln 84,9 (84,2). Industriestoffe 148,9 (148,61), davon die Gruppe Kohlen und Eisen 140 (140,2), ferner **Inlandswaren 111,4 (111,7) und Einfuhrwaren 161,6 (160).**

Dem Andenken der Reichsgründung!

Dr. Stresemann bei einer Reichsgründungsfeier in Hamburg.

Der Gedanke des Ruhrkampfes lebt weiter!

Hamburg, 17. Jan. Auf einer am Donnerstag abend vom Landesverband Hamburg der Deutschen Volkspartei veranstalteten stark besuchten Reichsgründungsfeier ergriff nach einer Begrüßungsansprache des Vorsitzenden der Reichsminister des Aeußeren

Dr. Stresemann

das Wort zu einer Rede über die Fragen der äußeren und inneren Politik Deutschlands. Der Ruhrkampf, ein Kampf gegen die Gewalt, so führte der Minister aus, sei zwei verloren, **aber der Gedanke des Kampfes sei nicht falsch gewesen. Er habe gezeigt, daß sich auch für das deutsche Volk eine Grenze der Geduld und des Entsagens gebe, und er habe den Wahn zerstört, als ob das rheinische Volk ein eigenes Leben führen wolle innerhalb des Deutschen Reiches, oder als ob es sich verlieren wolle an das französische Volk.** Die Bedeutung des Ruhrkampfes werde sich erst zeigen, wenn die Entscheidung falle über das, was der Inbegriff dieses Kampfes gewesen sei bei der Entscheidung über Land und Volk am Rhein.

Die Vorgänge in der Pfalz seien eine Kulturschande, deren ganz Europa sich schämen sollte.

Es liege im Interesse der Alliierten selbst, nicht über diejenigen Bestimmungen hinaus zu gehen, die im Versailler Vertrag niedergelegt seien. **Denn wer sich darüber hinwegsetze, der nehme damit dem Vertrag überhaupt seine Grundlage.** Der Redner begrüßte den Zusammentritt der internationalen Konferenz, die über die deutsche Leistungsfähigkeit ein Urteil abgeben sollte, und sprach die Hoffnung aus, daß sie freimütig ihr Urteil über die gegenwärtige weltwirtschaftliche Situation abgeben möge. Die Entscheidung eile aber; **denn es sei gar kein Zweifel, daß die Industrie die Lasten, die sie ohne staatliche Unterstützung in den sogenannten Micum-Verträgen auf sich genommen habe, nicht lange mehr werde tragen können.** Eine Verlängerung dieser Verträge, soweit sie überhaupt annehmbar sei seitens des Reiches, sei nur möglich im Rahmen der endgültigen Lösung der Reparationsfrage überhaupt. Ohne eine solche endgültige Lösung erscheine es ihm unmöglich, daß das internationale Kapital sich irgendwie dazu hergebe, Leistungen auf sich zu nehmen für den Wiederaufbau Europas, der die endgültige Verständigung mit Deutschland zur Grundlage haben müsse.

Entweder werde dadurch Frieden oder es komme der gemeinsame Ruin und Europa werde untergehen, wenn Germania untergehe.

Der Minister ging sodann ausführlich auf die innere Politik ein und verglich die heutige Zeit mit den opfervollen Jahren, die das preußische Volk von 1807 bis 1813 durchgemacht habe. Eine Verständigung über die Verfassungsfragen werde hoffentlich erreicht werden. Gegenwärtig sei es aber nach seiner Meinung die wichtigste Aufgabe, daß Deutschland und Bayern die deutsche Pfalz bei Deutschland erhalten. Dr. Stresemann verwahrte sich weiterhin energisch gegen verschiedene Angriffe, die auch noch in letzter Zeit im Zusammenhang mit dem Ermächtigungsgesetz gegen ihn gerichtet worden sind, und sprach die Zuversicht aus, daß die Stabilisierung der deutschen Währung erhalten werde. Er glaube auch sagen zu können, daß wir vor der baldigen Errichtung der deutschen Goldnotenbank stehen. **Der Kampf gegen die Schuldfrage sei eine nationale Pflicht und vor allem auch eine Pflicht der Regierung und der Führer der deutschen Politik.** Die Ausführungen des Ministers wurden mit stürmischem Beifall aufgenommen. (W. T. B.)

Eine Rede des Reichsfinanzministers.

Berlin, 17. Jan. Reichsfinanzminister Dr. Luther hielt heute in der Radiostunde im Vorhause anläßlich der Wiederkehr des Tages der Reichsgründung eine Ansprache, **in der er das deutsche Volk aufruft, in der schweren Not der Gegenwart alles einzusetzen, damit das am 18. Januar 1871 geschaffene Reich nicht zunichte werde.** Sodann kam der Minister auf die bestehende Währungsfestigung in Deutschland zu sprechen und beklagte, daß trotz düsterer politischer Lage, trotz ungeheurer Arbeitslosigkeit und Kreditnot diese seit kurz sechs Wochen bestehende Tatsache bei vielen Mitbürgern eine Art Märchenstimmung hervorgerufen habe und geradezu eine Verzauberung des Verstandes, wenn man schon heute lesen könne, daß durch die scharfen Ersparnismaßnahmen der Reichsregierung der Bau des Reiches gefährdet werde, während er in Wirklichkeit durch diese Maßnahmen gerettet worden sei. Sodann trat der Minister zur Frage der Hypothekenaufwertung den falschen Auffassungen derjenigen Leute entgegen, die wähnen, daß alle die Hypotheken, von denen mitsamt den übrigen Ersparnissen das deutsche Volk in den letzten Jahren durch das Mittel der Inflation gelebt habe, jetzt mit einem Federstrich auf ihren alten Goldwert oder einen erheblichen Teil davon wieder rückwärts aufgebaut werden und Staat und Wirtschaft bei einem solchen Verfahren bestehen könnten. Der Minister schloß mit dem Hinweis, **daß das deutsche Volk um sein Dasein kämpfe, und daß für diesen Kampf von ihm die großen Arbeitsleistungen, die einschneidenden Ausgabebeschränkungen und die hohen Steuerlasten gefordert werden müßten. Dieser Kampf könne nur siegreich bestanden werden, wenn alle Deutschen sich der schweren Wirklichkeit willig unterwerfen würden. Wer dem deutschen Volke die neue Währung erhalten wolle, müsse auch die Mittel hierfür wollen, müsse also zu schweren Opfern bereit sein.**

SLUB
Wir führen Wissen.